

Schwerpunkt Gesundheitsminister zum Landesspital

Mauro Pedrazzini: «Das Spital kostet uns etwas, aber es bringt uns auch viel»

Interview In gut vier Wochen wird über den Neubau des Landesspitals abgestimmt. Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini erklärt, warum es ein Spital braucht, ein Neubau sinnvoll ist und die Kosten im Rahmen bleiben.

VON DANIELA FRITZ

«Volksblatt»: Zwar geht es am 24. November um den Neubau und nicht darum, ob Liechtenstein ein Spital braucht. Trotzdem wird genau diese Frage immer wieder diskutiert. Was sagen Sie dazu?

Mauro Pedrazzini: Diese Frage kommt immer wieder auf, insbesondere auch von jüngeren Personen, die naturgemäss weniger Spitalleistungen brauchen und vor allem an die Kosten denken. Das Spital kostet uns etwas, aber es bringt uns auch viel. Es bringt uns medizinische Versorgung, Auswahl in der Spitallandschaft und Handlungsfreiheit als Staat. Zudem bringt es uns auch einen volkswirtschaftlichen Nutzen, beispielsweise finden dort 170 Personen einen Arbeitsplatz und es bleibt Geld im Land, das wir sonst ins Ausland schicken würden.

Vergangene Woche war die St. Galler Regierung zu Besuch. Ein guter Zeitpunkt, die Kooperationsmöglichkeiten im Gesundheitswesen nochmals zu vertiefen, würden wohl die Gegner des Spitals sagen. Wurden Gespräche in diese Richtung geführt?

Es finden schon seit vielen Jahren immer wieder Gespräche statt. Aber bei aller Freundschaft zu unseren Nachbarn sind es zwei eigenständige Länder mit eigenen Interessen. Da muss man darauf achten, dass man ausgewogene Lösungen findet, von denen beide Partner gleichermaßen profitieren. Gerade auch die Vorgänge rund um die Spitalschliessungen im Kanton St. Gallen zeigen, dass wir besser aufgestellt sind, wenn wir selbst entscheiden können.

Wäre denn keine Kooperation mit Grabs möglich?

Bei der Behandlung von Patienten findet täglich eine Zusammenarbeit mit Grabs statt. Auch fahren wir keine aggressive Konkurrenzstrategie, wie das immer wieder von den Spitalgegnern behauptet wird. Wir fahren eine «Strategie der Wahlmöglichkeiten». Die Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner möchten bei der Spitalversorgung die Wahl haben und das Konzept des Neubaus ist ja genau darauf ausgerichtet, dass sich die Hälfte der Patientinnen und Patienten aus Liechtenstein am Landesspital behandeln lassen können und somit die Wahl haben. Dieser Marktanteil ist eine vernünftige Zielsetzung und sie ist heute schon fast erreicht.

St. Gallen hat auf die Veränderungen in der Spitallandschaft reagiert und am Mittwoch seine neue Strategie präsentiert. Wie wirkt sich das auf die Verhandlungsposition von Liechtenstein aus?

In der stationären Spitalversorgung gibt es Überkapazitäten, das ist schon lange bekannt. Auch der Vorschlag der Schliessung von fünf Spitälern wurde schon vor über einem Jahr von den Spitalverantwortlichen publiziert. Am Landesspital haben wir die Kapazitäten im letzten Jahr deutlich reduziert, das war ein schmerzhafter Prozess. Auf der anderen Seite des Rheins steht dieser Schritt noch aus und jetzt ist bekannt, dass die Strategie der Schliessungen umgesetzt werden soll. Zudem sollen, wie auch in Liechtenstein, in Zukunft die gemeinwirtschaftlichen Leistungen von der öffentlichen Hand abgegolten werden, der Kanton soll also zu zahlen. Das ist keine Überraschung, das war absehbar.

St. Gallen will die fünf zu schliessenden Spitäler zu regionalen Gesundheitszentren ausbauen. Wäre das nicht auch eine Möglichkeit für Liechtenstein?

Es werden Spitäler geschlossen und die Gebäude werden weiterhin für die Gesundheitsversorgung genutzt. Die Interessenslage hüben und drüber ist aber nicht dieselbe: St. Gallen hat viele Spitäler und strafft das Angebot, indem Leistungen zu weniger Spitalstandorten hin konzentriert werden. Wir haben ein einziges Spital. Dieses ist ein wichtiger Teil unserer inländischen Versorgung und sichert uns Handlungsfreiheit. Wenn wir Leistungen abbauen, verlieren wir auch den volkswirtschaftlichen Nutzen und das Geld wandert stattdessen ins Ausland.

Der Spitalstandort Grabs wird gestärkt und erhält zusätzliche Bettenkapazitäten. Wie wirkt sich das auf das Landesspital aus?

Das Spital Grabs wird weiterhin ein Regionalspital bleiben, es wird einfach grösser, weil es die Fälle anderer Spitäler, die geschlossen werden sollen, übernehmen muss. Das Landesspital wird also im Vergleich dazu noch mehr ein kleines und feines Haus, übersichtlich und lokal ausgerichtet und wenn der Neubau realisiert wird, vollständig mit Einzelzimmern für alle Versicherungsklassen ausgerüstet.

Das Ministerium prüft, ob das Landesspital im neuen Gebäude wieder eine Geburtsstation eröffnen könnte. Wie sieht es diesbezüglich nun aus?

Es laufen viele Projekte am Landesspital, deshalb ist es wichtig, dass die begonnenen Projekte erfolgreich umgesetzt werden, bevor neue initiiert werden. Vor allem die Akutgeriatrie ist für mich zentral, denn dort ist Wohnortnähe und ein nahtloser Übergang in die oft benötigte weitere Pflege zu Hause von grossem Vorteil. Die inländischen Akteure sind hier gut koordiniert und die Personen kennen sich. Der Wunsch nach einer Geburtsabteilung wird oft an uns herangetragen, das Landesspital hat dies auch schon offiziell beantragt. Für eine Geburtsabteilung am Landesspital müssen aber einige organisatorische und fachliche Voraussetzungen erfüllt sein und das ist mit Mehrkosten verbunden. Sofern der politische Wille vorhanden ist, diese Kosten zu tragen, kann dieser Wunsch umgesetzt werden.

Mit 200 bis 300 Fällen wäre die Geburtsstation aber nicht ausgelastet. Ist das nicht gefährlich?

Im sogenannten Zürcher Modell sind für normale Geburten keine Mindestfallzahlen vorgesehen, aber es sind klare Interventionszeiten gefordert, beispielsweise, dass bei einem Notfall-Kaiserschnitt von der Entscheidung bis zur Entbindung nicht mehr als 15 Minuten vergehen dürfen. Das ist eine organisatorische Frage. Wenn diese Interventionszeiten eingehalten werden und die geforderten Fachleute zur Verfügung stehen, ist die Sicherheit gewährleistet. Auch dort, wo das Zürcher Modell für gewisse Leistungen Mindestzahlen fordert, liegen diese meist weit unter 50. Mit 200 bis 300 Geburten pro Jahr hat eine Organisation dann schon eine gewisse Übung mit dieser Leistung.

Generell erholt sich das Landesspital gerade erst vom Fallzahleneinbruch nach der Medicnova. Wenn Grabs mit einem Neubau lockt, werden die Fallzahlen dann nicht wieder einbrechen? Was passiert dann? Der Neubau in Grabs wird nach den neuesten Plänen um einiges grösser werden, da ist Vaduz dann viel übersichtlicher. Auch unser Konzept mit den Einzelzimmern ist sowohl ein Vorteil für den Patienten als auch für den Spitalbetrieb. Der Einbruch nach der Eröffnung der in der Zwischenzeit konkursiten Privatklinik war besonders heftig, weil auf einen Schlag ein grosser Teil der Leistung, nämlich die Chirurgie, schlicht nicht mehr angeboten werden konnte. Heute haben wir fast wieder die Fallzahlen vor der Eröffnung der Medicnova. Aber es gibt einen guten Grund, warum Grabs seine Infrastruktur erneuert, sie ist veraltet. Genau dasselbe Problem haben wir in Vaduz und genau deshalb sollten wir auch erneuern.

Viele Bürger sorgen sich aber, dass durch einen Neubau die Krankenkassenprämien steigen. Die Kosten der Gesundheitsversorgung könnten steigen, wenn wir ein viel zu grosses Spital bauen würden und es durch angebotsinduzierte Nachfrage zu einer Mengenausweitung käme. Aber genau das machen wir nicht. Bis Mitte 2018 betrieben wir rund 65 Betten am Landesspital, reduzierten dann auf 40 und

sehen im Neubau 43 vor. Wir rechnen mit 2100 stationären Fällen pro Jahr plus 200 Reserve. Die Spitalgegner behaupten, wir würden ein Spital für 5000 Fälle bauen. Das ist frei erfunden und hat mit dem Konzept des Neubaus nichts zu tun.

Auch fürchten die Gegner hohe Folgekosten. Sie hingegen sagen, ein neues Spital sei im Betrieb billiger und beim Bau würde auf eine bewährte Bauweise geachtet. Sie sind ein Freund der Zahlen - mit welchen Kosten müsste man jährlich rechnen, wenn das Landesspital einen Neubau bekommt bzw. wenn es im bestehenden Gebäude bleibt?

Wir haben in der Vorlage an den Landtag hergeleitet, dass der Betrieb des Spitals den Staat 5 bis 6 Millionen Franken pro Jahr kostet, vor allem für die Abgeltung der Vorhalteleistungen. Ich gehe davon aus, dass das auch in Zukunft so sein wird. Anstelle der Reparaturen kommen bei einem Neubau die Abschreibungen. Bei der Verbesserung der Gebäudeinfrastruktur gibt es quantifizierbare Verbesserungen, wie beispielsweise einen geringeren Energieverbrauch durch ein Gebäude nach aktuellem Energiestandard, aber es gibt auch kaum in Franken auszudrückende Verbesserungen, beispielsweise wenn die Zufahrt für Lieferanten, Besucher, Notfall und Personal getrennt wird oder die Pflegekräfte weniger nutzlose Kilometer im Gebäude zurücklegen. Wie gesagt wird das Spital nicht grösser als heute und die Betriebskosten werden auch nicht höher durch ein neues Gebäude, also verstehe ich nicht, welche Folgekosten hier ins Feld geführt werden. Nur wenn man mit der falschen Behauptung hausieren geht, wir würden ein Spital für 5000 Fälle pro Jahr planen, kann man das Märchen von hohen Folgekosten herleiten.

«Nur wenn man mit der falschen Behauptung hausieren geht, wir würden ein Spital für 5000 Fälle planen, kann man das Märchen von hohen Folgekosten herleiten.»

Wir ersetzen die Kosten von Reparaturen am Gebäude durch Abschreibungen.

In der Bevölkerung ist anschein-

«Es gibt einen guten Grund, warum Grabs seine Infrastruktur erneuert, sie ist veraltet. Dasselbe Problem haben wir in Vaduz.»

end wenig bekannt, dass der Staat die Spitäler bereits jetzt unterstützt. «Gemeinwirtschaftliche Leistungen» und «Vorhalteleistungen» sind aber auch wirklich etwas sperrige Begriffe. Was ist darunter zu verstehen?

Die Leistungen des Spitals stehen auch zur Verfügung, wenn sie schlecht nachgefragt werden. Beispielsweise kann es Zeiten geben, in denen wenige Unfälle passieren oder weniger Erkrankungen auftreten, welche eine Spitaleinweisung nötig machen. Das Personal muss aber trotzdem bezahlt werden. Die Leistungen werden also «vorgehalten» und nicht genutzt. Die Tarife, die bezahlt werden, reichen dann nicht zur Deckung der Kosten aus und wenn wir ein Spital wollen, dann muss die öffentliche Hand diese Leistungen übernehmen.

Diese Kosten fallen also auch an, wenn das Landesspital im bestehenden Gebäude bleibt.

Ja. Wie gesagt, wollen wir ein neues Gebäude für die bestehende Spitalorganisation bauen. Die Leistungen betreffen vor allem Personalkosten und das Spital wird durch den Neubau nicht viel mehr Kapazität haben, die dann finanziert werden muss.

Wie ich ausgeführt habe, kostet uns das Spital rein betriebswirtschaftlich betrachtet 5 bis 6 Millionen Franken pro Jahr. Würden wir es schliessen, würden wir erstens sofort den Nutzen, insbesondere den volkswirtschaftlichen Nutzen, verlieren und unsere Verhandlungsposition beim Abschluss von Tarifverträgen würde schwächer, was in höheren Preisen resultieren würde. Also gehe ich davon aus, dass wir bei einer Schliessung niemals diesen Betrag einsparen könnten. Für mich überwiegt der Nutzen des Spitals die Kosten für den Staat bei Weitem.

Käme es dann nicht günstiger, Liechtenstein würde auf ein eigenes Spital verzichten?

Wie ich ausgeführt habe, kostet uns das Spital rein betriebswirtschaftlich betrachtet 5 bis 6 Millionen Franken pro Jahr. Würden wir es schliessen, würden wir erstens sofort den Nutzen, insbesondere den volkswirtschaftlichen Nutzen, verlieren und unsere Verhandlungsposition beim Abschluss von Tarifverträgen würde schwächer, was in höheren Preisen resultieren würde. Also gehe ich davon aus, dass wir bei einer Schliessung niemals diesen Betrag einsparen könnten. Für mich überwiegt der Nutzen des Spitals die Kosten für den Staat bei Weitem.

Warum sollte man am 24. November mit einem Ja stimmen?

Eine grosse Mehrheit der Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner wünscht sich ein eigenes Spital im Land. Es ist unvernünftig, weiter Geld in das veraltete Gebäude zu stecken und wir sollten uns ein neues Gebäude leisten, um unserem Spital eine gute und erfolgreiche Zukunft zum Nutzen unseres Landes zu ermöglichen.



Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini betont, dass ein Neubau nicht teurer wird, aber zusätzlich nicht monetäre Vorteile bringt.

(Foto: IKR/Michael Zanghellini)

VERANSTALTUNG

Eine erste Gelegenheit, Mauro Pedrazzini sowie den Gegnern eines Neubaus selbst Fragen zu stellen, bietet sich am Montag, 28. Oktober, um 19 Uhr im Gemeindesaal Eschen.